

# Menschenrechte sind nicht verhandelbar – Kein weiterer Ausverkauf des Flüchtlingsschutzes!

**Kundgebung zum Bundesparteitag von Bündnis90/Die Grünen  
vom 15.-17.11. in Wiesbaden**

**am Samstag, den 16. November 2024 (9:00 Uhr) – RheinMainCongressCenter**

Als 2021 die selbst ernannte „Fortschrittskoalition“ die Regierungsgeschäfte übernahm, kündigte sie vollmundig einen „Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik“ an. Und das, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, las sich in der Tat auch aus menschenrechtlicher Perspektive stellenweise positiv: Aufnahmeprogramm Afghanistan, Verbesserung Familiennachzug, Abschaffung aller Arbeitsverbote, mehr Bleiberechte, schnelle und faire Asylverfahren und Abkehr von den innereuropäischen Grenzkontrollen.

Drei Jahre später haben wir die heftigsten Asylrechtsverschärfungen seit der Grundgesetzänderung 1993 hinter uns, durchgesetzt von eben jener „Fortschrittskoalition“, die eigentlich etwas ganz anderes angekündigt hatte. „Mehr Abschiebungen!“ heißt die Losung der Stunde, von dem einst progressiven Ansatz in der Migrationspolitik ist nichts mehr zu sehen. Das Afghanistan-Aufnahmeprogramm, das nie richtig in Fahrt gekommen ist, steht kurz vor der Einstellung. Statt über Verbesserungen wird beim Familiennachzug über weitere Verschärfungen diskutiert. Die Befugnisse der Abschiebebehörden wurden massiv ausgeweitet, ebenso die Möglichkeiten der Inhaftierung von Menschen, um sie außer Landes zu schaffen. Im Asylbewerberleistungsgesetz, ohnehin schon Sozialrecht zweiter Klasse, wurde mit der Bezahlkarte eine längst überwunden geglaubte schikanöse Praktiken der 1990er Jahre wiederbelebt. Und in Zukunft sollen bestimmte Personengruppen im Dublin-Verfahren komplett ausgehungert und von jeglichen Leistungen ausgeschlossen werden.

Alle diese Verschärfungen wurden auch von dem Grünen Koalitionspartner mitgetragen, oftmals mit öffentlich bekundeten „Bauchschmerzen“, um die Koalition zu retten.

Doch um welchen Preis? Die Regierungskoalition der Ampelparteien ist mittlerweile Geschichte. Der öffentliche Diskurs, insbesondere in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, ist weit nach rechts gerückt. Die Forderungen von großen Teilen der politischen Landschaft werden immer schriller und gleiten ins Irrationale ab. Extrem rechte Positionen sind salonfähig geworden und die AfD ist weiter gestärkt worden.

Absehbar ist: Auch eine neue Regierung wird weitere massive Verschlechterungen in der Flüchtlingspolitik in Angriff nehmen, insbesondere durch die Umsetzung des im letzten Jahr auf EU-Ebene beschlossenen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Auch dieses hatten die Grünen im letzten Jahr widerwillig mitgetragen mit der Ansage, auf EU-Ebene „Rote Linien“ in das GEAS einziehen zu wollen, die es am Ende dann aber doch nicht gab.

Ein erster Entwurf des Kabinetts zur Umsetzung des GEAS ist sogar noch deutlich restriktiver formuliert als es die EU-Vorgaben erfordern würden. Demnach sollen in Deutschland geschlossene Zentren entstehen und eine so genannte „Asylverfahrenshaft“ für bestimmte Gruppen eingeführt werden, was de facto eine Inhaftierung auch von Kindern bedeuten würde. Auch wenn seine Verabschiedung durch das Ende der Ampelkoalition unwahrscheinlich geworden ist, besteht dennoch die Gefahr, dass die Restregierung versuchen wird, den Entwurf noch vor der Auflösung des Bundestages mit Stimmen der CDU/CSU beschließen zu lassen.

Die Union will aber noch sehr viel restriktivere Positionen in der Asylpolitik durchsetzen: Sie wird mit der Forderung nach rechtswidrigen Zurückweisungen an den Grenzen in den Wahlkampf gehen und dem individuellen Recht auf Asyl den Kampf ansagen. Hier muss von vornherein sehr klar sein, dass dieses Grundrecht auch von einer neuen Koalition - egal welcher Couleur - nicht in Frage gestellt werden darf!

**Wir sagen: Stopp! Flüchtlingsrechte sind Menschenrechte, und Menschenrechte sind nicht verhandelbar!**

**Insbesondere von Bündnis90/Die Grünen erwarten wir, dass Schluss ist mit faulen Kompromissen auf Kosten von Schutzsuchenden und dass flüchtlingspolitische Grundpositionen nicht auf dem Bazar der Koalitionsverhandlungen verramscht werden.**

**Den Rechtsruck bekämpft man nur, indem man populistischen Positionen eine klare Absage erteilt!**

**Kundgebung: Menschenrechte sind nicht verhandelbar!**

Zum Bundesparteitag von Bündnis90/Die Grünen

**Samstag, 16. November 2024 (9:00 Uhr)**

RheinMain CongressCenter  
Friedrich-Ebert-Allee 1, Wiesbaden